



# STELLUNGNAHME

Ihr Ansprechpartner  
Robert Schweizog

E-Mail  
robert.schweizog@ihk-nrw.de

Telefon  
0211 36702-12

Datum  
02.04.2019

## **Kernlehrpläne für die Sekundarstufe I des Gymnasiums – hier: Schulfach „Wirtschaft-Politik“**

Viele Entscheidungen erfordern Wirtschaftskenntnisse. Das gilt nicht nur für den privaten Alltag, sondern auch für die unternehmerische Selbständigkeit sowie die berufliche Teilhabe. Trotzdem beklagen insbesondere Ausbildungsbetriebe immer wieder, dass junge Menschen zu wenig über die soziale Marktwirtschaft und ihre Funktionsweisen wissen, um fundiert wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen. Aus diesem Grund begrüßen die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich das Ziel der Landesregierung, die ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen zu stärken.

Entscheidend für den Erfolg des Vorhabens ist neben der Ausgestaltung und Umsetzung der Kernlehrpläne, mit denen sich diese Stellungnahme nachfolgend befassen wird, in erster Linie die **systematische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften**. Das umfangreiche Themenfeld „Wirtschaft“ sollte dabei als eigenständiges Studienfach in die Lehramtszugangsverordnung aufgenommen werden, statt unter „Sozialwissenschaften“ subsumiert zu werden. Bis die ersten hierfür ausgebildeten Lehrkräfte unterrichten, wird es jedoch noch dauern. In der Zwischenzeit sollten Lehrerfortbildungen im Bereich der ökonomischen Bildung priorisiert und den Schulen der dazu nötige Handlungsspielraum gegeben werden.

Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen haben sich für ein **ausgewogenes Verhältnis** von betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Inhalten sowie Themen der Verbraucherbildung in einem Schulfach „Wirtschaft“ eingesetzt. Der Entwurf des Kernlehrplans „Wirtschaft-Politik“ für die Sekundarstufe I an Gymnasien in der Form zur Verbändebeteiligung vom 25. Februar 2019 sieht nun elf Inhaltsfelder vor, die – der Verbindung mit dem Fach Politik geschuldet – in unterschiedlichem Ausmaß wirtschaftliche Themen beinhalten.

Inhaltsfelder wie *„Europa als wirtschaftliche und politische Union“* oder *„Nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“* machen dabei deutlich, dass die **Verbindung der Fächer Wirtschaft und Politik** durchaus Synergien mit sich bringt, wenn auch

ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft den Stellenwert der ökonomischen Bildung insgesamt deutlicher unterstrichen hätte.

Begrüßenswert ist die Behandlung der **Digitalisierung** als Querschnittsthema, das in vielen der Inhaltsfelder Berücksichtigung findet.

**Betriebswirtschaftlich-unternehmerische Fragestellungen** sind im Entwurf des Kernlehrplans hingegen lediglich in Inhaltsfeld 6 („*Unternehmen und Gewerkschaften in der Sozialen Marktwirtschaft*“) vorzufinden, und dort auch nur in Verbindung mit übergreifenden Themen wie dem Strukturwandel und der Sozialpartnerschaft. IHK NRW schlägt deshalb vor, den Kernlehrplan um ein eigenständiges rein betriebswirtschaftliches Inhaltsfeld zu erweitern. Nur wer ein Verständnis für die Funktionsweise von Unternehmen entwickelt, kann auch die globalisierte Wirtschaft als Ganze verstehen. Die Schwerpunkte „*Existenzgründung: Voraussetzungen, Formen und Strategien*“ sowie „*Chancen und Herausforderungen unternehmerischer Selbständigkeit*“ im aktuellen Inhaltsfeld 6 sollten den Kern des neuen Inhaltsfeldes bilden. In der Umsetzung des Kernlehrplanes könnte die Gründung eines Unternehmens (gegebenenfalls simuliert in einem Planspiel) ein anschaulicher Weg sein, viele betriebswirtschaftliche Inhalte (Marketing, Einkauf, Vertrieb, Rechnungswesen usw.) zu vermitteln. Als Orientierung für weitere Schwerpunkte kann das Inhaltsfeld „*Wirtschaften im Unternehmen*“ des Wahlpflichtfachs „Ökonomie“ im Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ dienen, im Rahmen dessen ökonomische Inhalte zwischen 2010 und 2014 bereits erfolgreich in Nordrhein-Westfalen vermittelt worden sind. Es beinhaltete die folgenden Themen:

- Betriebsfunktionen und Mitbestimmung,
- Organisation eines Unternehmens,
- Standortfaktoren,
- Rechtsformen.

Eine weitaus größere Bedeutung im Schulfach Wirtschaft-Politik sollte dem Themenfeld **Berufliche Bildung und Arbeit** zuteilwerden. Auch hierfür bietet sich ein eigenständiges Inhaltsfeld an. Wichtig ist dabei eine klare Abgrenzung zur Berufsorientierung, die in Nordrhein-Westfalen unterrichtsübergreifend im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ erfolgt. Eine Verknüpfung der Berufsorientierung mit den Inhalten des Schulfachs Wirtschaft-Politik erscheint dabei sinnvoll. Mögliche inhaltliche Schwerpunkte für das zusätzliche Inhaltsfeld im Kernlehrplan des neuen Schulfachs sind:

- Veränderung des Bildungsverhaltens junger Menschen,
- Auswirkungen des demografischen und digitalen Wandels auf den Arbeitsmarkt,
- Persönliche Zufriedenheit im Spannungsfeld Arbeit und Freizeit,
- Wege der beruflichen und akademischen Qualifizierung,



- Duale Ausbildung als Besonderheit im deutschsprachigen Wirtschaftsraum.

Der aktuelle Entwurf des Kernlehrplans beleuchtet zurecht wirtschaftliche **Sachverhalte aus verschiedenen Perspektiven**. Es werden Chancen wie auch Herausforderungen thematisiert; Ökonomie wie auch Ökologie. Inwiefern dieses Gleichgewicht auch Eingang in die konkreten Unterrichtsinhalte findet, hängt zum einen von der Sensibilität und fachlichen Ausbildung der Lehrkräfte (siehe oben) ab. Zum anderen haben Schulbücher einen großen Einfluss auf die Ausrichtung des Unterrichts und somit auf die Bildung von Schülerinnen und Schülern. In der Vergangenheit dominierte häufig eine einseitige markt- und wirtschaftskritische Darstellung von volkswirtschaftlichen Themenstellungen wie beispielsweise dem Freihandel. Die Neugestaltung der Lehrpläne für das Fach Wirtschaft-Politik sollte auch als Chance wahrgenommen werden, zukünftig eine ganzheitliche Perspektive auf die Wirtschaftswelt einzunehmen. Bei der **Zulassung von Schulbüchern** für den Unterricht im neuen Schulfach ist deshalb auf eine ausgewogene Darstellung zu achten.

Alles in allem ist die Stärkung der ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen ein gutes Signal. Die Industrie- und Handelskammern in NRW unterstützen gerne bei der Implementierung. Gerade im Bereich „Wirtschaft“ ist das Potenzial groß, auch **außerschulische Lernorte** aufzusuchen und die **regionale Wirtschaft** zu beteiligen. Im Sinne einer praxisnahen Beschulung sollte hiervon Gebrauch gemacht werden.

*IHK NRW ist der Zusammenschluss der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen. IHK NRW vertritt die Gesamtheit der IHKs in NRW gegenüber der Landesregierung, dem Landtag sowie den für die Kammerarbeit wichtigen Behörden und Organisationen.*